

P/AVIII/256

Bonn, den 21. Dezember 1962

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	<u>Ein wahres Wort</u> Zu einer tiefsinnigen Betrachtung des Bundeskanzlers Von G. Markscheffel	40
2 - 3	<u>Stärkt die Zonenrandgebiete !</u> Ohne Bundeshilfe geht es nicht Von Hans Jürgen Junghans, MdB	81
4	<u>Internationale Jugendarbeit 1962</u> Beachtliche Leistungen der Jungsozialisten Von Horst Seefeld Bundessekretär der Jungsozialisten	48
5 - 7	<u>Algerische Bilanz</u> Ben Bella kämpft mit vielen Schwierigkeiten Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer	124

Chefredakteur Günter Markscheffel

Ein wahres Wort !

Zu einer tiefsinnigen Betrachtung des Bundeskanzlers

G.M. - Fritz Reuter, der große norddeutsche Dichter des vorigen Jahrhunderts, läßt seinen "Onkel Bräsig" einmal sagen: "Die Armut kommt immer von der Powerteh." Reuter traf damit, wie meist, den Nagel auf den Kopf. Sicher hat er nicht gewußt, daß ein deutscher Bundeskanzler mehr als hundert Jahre später mit ähnlichen Sprüchen auch Erleuchtungen um sich verbreiten würde.

In Bonn erzählt man sich folgende nette Geschichte: Als Bundeskanzler Dr. Adenauer am Mittwochabend seinen Verteidigungsminister Franz Josef Strauss in Wahn mit Hilfe eines Großen Zapfenstreichs, vielen Fackeln und schönen Reden verabschiedete, soll er zu dem tapfer dreinblickenden Selbstverteidiger gesagt haben: "Wissen Sie, daß ja alles nur deshalb gekommen, weil mer 1961 die absolute Mehrheit verloren hann." Strauss soll nach diesem Ausspruch des Herrn Bundeskanzlers mit dem Kopf genickt und tiefgründig in die Gegend geblickt haben.

* * *

Wer einmal mit Abstand den bundesrepublikanischen Wirbel seit Anlaufen der Aktion gegen den "Spiegel" betrachtet, muß sich unwillkürlich fragen, warum eigentlich auf Regierungsseite so unendlich viele Schnitzer und Dummheiten begangen worden sind. Weder der Bundeskanzler, noch die an der Affäre beteiligten Minister und noch weniger die hohen Juristen, die sich als freiwillige Gutachter oder von amtswegen mit der ganzen Angelegenheit beschäftigen mußten, leiden an Intelligenzmangel. Sie sind auf ihre Weise tüchtig, wendig und manchmal auch sehr robust. Warum also soviele Pannen? Warum die zahlreichen Kurzschlüsse, die vom Verschweigen der Wahrheit bis zu der treffenden Bemerkung gingen, man habe sich ja nur "etwas ausserhalb der Legalität" bewegt.

Der betagte Bundeskanzler scheint auch über dieses "Warum" nachgedacht und eine seiner treffenden Antworten gefunden zu haben. Sein Hinweis darauf, daß ja alles nur deshalb so gekommen sei, weil die CDU/CSU seit der Bundestagswahl 1961 nicht mehr über die absolute Mehrheit verfügt, ist ganz offensichtlich die einzig plausible Erklärung für die Kette von Versagern und sogar Illegalitäten. Mit dem Verlust der absoluten Mehrheit verlor sie auch ihr Selbstvertrauen. Vorher konnte man sich in der CDU/CSU wahrscheinlich überhaupt nicht vorstellen, nicht alles so hinbiegen zu dürfen, wie man es wünschte.

* * *

Die Erkenntnis, daß dies jetzt nicht mehr möglich ist, mußte über ein Jahr lang heranreifen, bis sie als tröstendes Wort dem Verteidigungsminister auf den Abschiedsweg gegeben werden konnte. Es ist ein gutes Wort und eine wahre Erkenntnis, die der Herr Bundeskanzler ausgesprochen hat.

* * *

Stärkt die Zonenrandgebiete

Von Hans Jürgen Junghans, MdB

Das Ende der Hochkonjunktur in der Wirtschaft und der Übergang zu einer normaleren wirtschaftlichen Entwicklung hat nunmehr einen Gefahrenherd offengelegt, der seit langem besteht und zu dessen Bekämpfung nichts Entscheidendes getan wurde: Die Zonenrandgebiete.

Mauer und Stacheldraht haben die Bedeutung des Zonengrenzlandraumes Braunschweig als Schaufenster zum Osten nicht gemindert. Wohlstand und Notstand der dort lebenden Menschen sind für die Menschen jenseits der Grenze deutlich sichtbar und für die Stärkung der freizeithilflichen Kräfte in der Zone wichtiger als viele Reden.

Trotz aller punktueller Maßnahmen darf nicht übersehen werden, daß im Raum des Verwaltungsbezirks Braunschweig, bis auf Salzgitter, ein wirtschaftlicher Schrumpfungsprozeß eingesetzt hat.

Bevölkerungsabnahme um fünf Prozent

Von 1950 bis 1960 hat die Bevölkerung in diesem Raum um rund fünf Prozent abgenommen. Allein den Kreis Helmstedt haben im letzten Jahrzehnt 10 000 Einwohner verlassen. Hingegen hat die Bevölkerung der Bundesrepublik seit 1950 um rund zehn Prozent zugenommen. In diesen Zahlen ist natürlich die Binnenwanderung der Vertriebenen, die 1950 eingesetzt hat und die an sich begrüßenswert war, mit einbezogen. Aber selbst seit 1958 bis 1960 hat die Bevölkerung im Verwaltungsbezirk Braunschweig nicht zugenommen.

Leider hat die Bundesregierung trotz zweier Kleiner Anfragen zur Lage im Metallerzbergbau und Eisenerzbergbau keine konkreten Maßnahmen angekündigt. Auch die Beantwortung der Großen Anfrage aller Fraktionen im Niedersächsischen Landtag über die Lage im deutschen Eisenerzbergbau und im deutschen Metallerzbergbau ließ zwar erkennen, daß die Niedersächsische Landesregierung alles tun wird, um Abhilfe zu schaffen, aber die Hilfe des Bundes hierfür unbedingt benötigt.

Bis heute ist es noch nicht gelungen, für die in Frage kommenden Stilllegungen, besonders im Eisenerzbergbau, Ersatzindustrien zu finden. Strukturmaßnahmen sind langfristiger Natur. Deshalb ist es zu begrüßen, daß nun endlich auch andere maßgebende Kreise der Wirtschaft die seit langem von den Sozialdemokraten erhobene Forderung nach einer Strukturanalyse unterstützen.

Folgende Forderungen zwingen sich auf:

1. Die am Zonenrand ansässigen Betriebe müssen erhalten bleiben und ihre Wettbewerbsfähigkeit muß verbessert werden.

Dazu gehören insbesondere Antidumpingmaßnahmen, um die Auswirkungen des Preisverfalls von Zink und Blei auf den Metallerzbergbau abzufangen.

Es ist daher zu fordern, daß die Bundesregierung unverzüglich die Wirtschaftlichkeit des deutschen Metallerzbergbaus wieder herstellt.

Die Bundesregierung ist ebenfalls verpflichtet, Rationalisierung und Investitionen für die Verhüttung inländischer Erze in Salzgitter durch Zuführung von Eigenkapital zu ermöglichen.

Es ist völlig unverständlich, daß ein Angebot des Landes Niedersachsen vor etwa zwei Jahren, sich an der Aufstockung des Eigenkapitals der Salzgitter AG zu beteiligen, nicht angenommen wurde. Wenig sinnvoll ist, in Bonn von Privatisierungsexperimenten zu reden, andererseits aber untätig zuzusehen, wie sich die wirtschaftliche Lage im deutschen Eisenerzbergbau und in der Verhüttung zusehends verschlechtert.

2. Die Strukturmaßnahmen für die Landwirtschaft müssen im Zonenrandgebiet über die Maßnahmen des Grünen Planes hinaus beschleunigt gefördert werden.

Schließungen von Konserven- und Zuckerfabriken lassen erkennen, daß insbesondere die Absatzlage für die dort ansässige Landwirtschaft durch entsprechende Maßnahmen verbessert werden muß. Zu den Strukturverbesserungen gehören vor allem auch wasserwirtschaftliche Maßnahmen, über die bereits von der Landesregierung Niedersachsens ausführliche Pläne ausgearbeitet worden sind.

3. Die Infrastruktur vom Verkehrswesen bis zum Ausbau der kulturellen Einrichtungen muß verbessert werden.

Insbesondere gehört hierzu, daß das jahrelange Tauziehen um den Nord-Süd-Kanal endlich beendet wird. Erst auf Drängen der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion ist das bereits 1961 fertiggestellte Gutachten von Professor Berkenkopf veröffentlicht worden.

Durch den Nord-Süd-Kanal erhält das Zonenrandgebiet einen kurzen leistungsfähigen Anschluß an die Elbmündungshäfen. Durch den Nord-Süd-Kanal wird die Wettbewerbssituation dieses Raumes entscheidend verbessert. Aus den Erfahrungen beim Bau anderer Wasserstrassen ist hinreichend bekannt, daß eine wirtschaftliche Belebung bei allen gebauten Binnenschiffahrtsstrassen eintritt.

Schließlich können billige ausländische Rohstoffe zum Aufbau einer leistungsfähigen Importindustrie billig befördert werden. Hierdurch lassen sich zahlreiche Arbeitsplätze, insbesondere für weibliche Arbeitnehmer, schaffen.

4. Die bereits erwähnte Strukturanalyse darf nicht nur Gebietskörperschaften und privater Initiative überlassen werden.

Sie ist eine Angelegenheit, die gleicherweise von Land und Bund getragen werden muß. Es kommt nun darauf an, alle verantwortlichen Kräfte zusammenzufassen, damit der bedrohlichen Entwicklung Einhalt geboten wird.

Internationale Jugendarbeit 1962

Von Horst Seefeld

Die deutschen Jungsozialisten können das Jahr 1962 als ihr "internationalstes" seit ihrem Bestehen bezeichnen. Nie zuvor waren so viele junge Ausländer Gäste der Jungsozialisten in der Bundesrepublik und in keinem der vorangegangenen Jahre machten so viele junge Sozialdemokraten von den Möglichkeiten des internationalen Jugendaustausches Gebrauch. - Höhepunkt war zweifellos der Besuch von mehr als zweihundert Teilnehmern der kommunistischen Weltjugendfestspiele in Berlin, Bonn, Köln, München, Düsseldorf und anderen Städten. Diese jungen Menschen, die aus 18 Ländern Afrikas, Asiens und Südamerikas kamen, waren nach Beendigung des Propagandarummels in Helsinki eingeladen worden, sich von der Jugendarbeit in der Bundesrepublik und im besonderen von der Tätigkeit der Jungsozialisten und der SPD ein objektives Bild zu schaffen. Selbst ideologisch verhärtete Jugendfunktionäre zeigten sich an der Berliner Schandmauer beeindruckt.

Zum ersten Mal wurden 1962 auch Beziehungen zu der sozialdemokratischen Jugend Japans geknüpft. 91 Japaner waren in Deutschland und gaben über den Besuch in ihrer Heimat ein interessantes Buch heraus. Darüber hinaus stand das Jahr 1962 im Zeichen der Erweiterung der deutsch-tunesischen Beziehungen. 150 Mitglieder der Nec-Destur-Jugend kamen als Gäste der deutschen Jungsozialisten in die Bundesrepublik. Die traditionellen Freundschaften wurden aber auch nicht vernachlässigt. So führten 30 junge Dänen eine Informationsreise durch Deutschland durch, und Österreicher, Schweden und Schweizer kamen - wie immer - zu Besuch.

Von deutscher Seite war der beachtlichste internationale Beitrag die Teilnahme von rund 600 jungen Sozialdemokraten am Camp 1962 der Sozialistischen Jugendinternationale (IUSY) in Kopenhagen. Die weiteste Reise führte 32 Jungsozialisten zu einem sechswöchigen Aufenthalt bei Familien in die Vereinigten Staaten von Amerika. Eine offizielle Delegation bereiste Tunesien, wurde vom Staatspräsidenten Bourguiba empfangen und schloß einen Freundschaftsvertrag für 1963 mit der tunesischen Jugend ab. Selbstverständlich waren die Jungsozialisten auch bei internationalen Tagungen, Konferenzen und Seminaren vertreten. Das Ferienprogramm bot außerdem Gelegenheit zu neuen Kontakten in allen skandinavischen Ländern, in Frankreich und Italien.

Eine wesentliche Aufgabe, die allerdings noch am Anfang der Bemühungen steht, ist die Sorge um die ausländischen Gastarbeiter in der Bundesrepublik. Hier wird mit Beginn des neuen Jahres ein Appell an alle Arbeitsgemeinschaften der Jungsozialisten im Bundesgebiet ergehen, mehr als bisher Verbindungen aufzunehmen und den jungen Freunden aus dem Ausland den Aufenthalt in Deutschland zu verschönern helfen.

Alles in allem darf gesagt werden, daß die deutschen Jungsozialisten heute zu den eifrigsten Gestaltern internationaler Beziehungen zählen. Eine deutsche Botschaft schrieb dieser Tage aus einem jungen afrikanischen Staat: "Der Besuch einer Delegation der deutschen Jungsozialisten hat hier einen so ausgezeichneten Eindruck und ein so großes Echo hinterlassen, daß ich nicht verfehlen möchte, Ihnen noch einmal zu danken für den Dienst, den Sie und Ihre Freunde der deutschen Sache erwiesen haben."

Algerische Bilanz

Von unserem Korrespondenten in Paris: Georg Scheuer

1962 bleibt das Jahr der nationalen Unabhängigkeit Algeriens. Die algerische Republik wird aber an diesem Jahresende noch von schweren Kinderkrankheiten heimgesucht. Ein Hungerwinter lastet schwer auf dem Land, die bittere Erbschaft des Krieges und seiner Zerstörungen; aber auch die Folge der durch den Fraktionskampf verlorenen Sommer- und Herbstmonate.

In diesem Fraktionskampf blieben Ben Bellas "Politbüro" und der Generalstab der Nationalen Volksarmee (ANP) die vorläufigen Sieger. In welchem Maße stehen die Volksmassen tatsächlich hinter der neuen Regierungsgewalten?

Ben-Khedda im Juli

Die Julirevolution 1962 erfolgte in ganz Algerien nach dem Volksentscheid als spontaner Ausbruch unter den Parolen "Nieder mit dem Personenkult! Ein einziger Held, das Volk!" Diese Losungen waren eindeutig gegen Ben Bella gerichtet, der sich damals noch im Ausland befand. An der Nacht war noch die aus dem Exil heimgekehrte provisorische Regierung Ben Kheddas, die sich in Algier hauptsächlich auf die Autonome Stadtorganisation der FLN, auf den Freien Gewerkschaftsbund UGTA und auf die Massenorganisationen der Frauen, der Jugendlichen und der Studenten stützte, im übrigen Lande aber durch das Urwesen der lokalen Militärpotentaten ("Willayismus") eingeengt war.

Ben Bella berief sich demgegenüber auf die Beschlüsse des Revolutionäres CNRA, der satzungsgemäße "höchsten Instanz" der FLN, die vor der Befreiung des Landes, im Exil, nämlich in Tripolis gefasst worden waren. Die Berufsrevolutionäre der FLN (also keine freigewählten Volksvertreter) hatten dort ein Grundsatzprogramm und die Schaffung eines "Politbüros" beschlossen. Ben Khedda und seine Freunde, die mit diesen Beschlüssen nicht einverstanden waren und auch am Vorabend des Referendums vor allem die Stimme des eigenen Volkes hören wollten, hatten Tripolis vor Abschluss der Geheimtagung des CNRA vorzeitig verlassen und waren unmittelbar nach dem Volksentscheid nach Algier gekommen.

Ben Bella im August

Ben Bella betrachtete dies als "Desertion" und begann von Marokko ausgehend die politische und militärische Eroberung des Landes, gestützt auf die in den Grenzgebieten stationierten Truppenverbände der ALN.

Er musste sich dabei mit einer Reihe von Gewaltmassnahmen durchsetzen, die gegen die Inlandsorganisation der FLN gerichtet waren, gegen die mit der Bevölkerung eng verbundenen Untergrundorganisation, die den revolutionären Widerstand gegen Frankreich geleitet hatte. Getroffen wurden dabei in erster Linie die "Autonome Zone Algier", nämlich die Stadtorganisation der FLN, gegen die General Massu mehrmals und ohne entscheidendes Resultat vorgegangen war, sowie die Willayas II, III und IV, nämlich die an Tunesien angrenzende ostalgerische Provinz (Constantine), die westlich davon liegende Kabylei und das Hinterland von Algier.

Ben Bella ist sich wahrscheinlich darüber im klaren, dass er damit nicht nur die untere FLN-Organisation gegen sich aufbrachte, sondern zum Teil auch die arbeitende und noch mehr arbeitslose Bevölkerung. Dieses Risiko nahm er aber in Kauf. Offensichtlich wusste er, dass es für ihn keinen anderen Weg gibt, als mit den aus dem Exil heimgekehrten und zumeist ortsfremden Truppen eine Zeitlang zu regieren.

Eine Partei oder mehrere?

Die weitere Praxis der letzten Monate entspricht dem Gesetz, nach dem das Regime Ben Bellas nun einmal angetreten ist: nicht nur Vermeidung freier Volkswahlen, sondern auch eine ständige Hinausschiebung des seit langem geplanten Parteitagess der FLN und selbst des CNRA, auf das sich Ben Bella und seine Freunde ursprünglich berufen hatten.

Im Juli-Volksentscheid, der von der FLN und den französischen Behörden gemeinsam organisiert wurde, waren noch eine Reihe anderer Parteien zugelassen. Wohl hatte es die FLN durchgesetzt, dass die Konkurrenzorganisation MMA (Algerische Nationalbewegung unter der Führung von Messali Hadj) sich an der Wahlkampagne nicht beteiligen durfte, doch wurden verschiedenen europäischen liberalen Gruppen und zum Teil auch der kleinen Kommunistischen Partei Algeriens Propagandanöglichkeiten gegeben. Entweder wurden diese Gruppen damals von der FLN-Führung als ungefährlich betrachtet oder hoffte man, mit ihnen nach der Machtergreifung Schluss machen zu können.

Die Wahlen zur algerischen Nationalversammlung standen bereits im Zeichen der Einheitspartei, genauer: der vom Politbüro vorgeschriebenen Einheitslisten. Auf diesen Listen befanden sich wohl eine Reihe von liberalen Algerienfranzosen, aber keine Algerier, die sich nicht in der FLN befinden. MMA, Kommunisten und andere Oppositionelle wurden von vornherein ausgeschaltet. Immerhin verblieben noch oppositionelle Strömungen innerhalb der FLN.

Die Rolle des "Politbüros"

Das Politbüro, als provisorisches Direktorium von der Armeeführung eingesetzt und bis jetzt von keinem Parteitag bestätigt, setzte sich zur Aufgabe, die "Partei der FLN" im ganzen Land überhaupt erst zu schaffen. Es ist also sozusagen die umgekehrte Prozedur von dem, was sich bei andern totalen Machtübernahmen revolutionärer Parteien ereignet hat, beispielsweise bei der bolschewistischen Machtergreifung in Russland, obgleich diese Ben Bella teilweise als Vorbild gilt. Dort existierte die Partei lange vor der Machtergreifung, mit einem eigenen politischen Programm und organisierter Struktur, von welcher das Zentralkomitee und das Politbüro die Spitze waren. Natürlich war auch damals die innere Demokratie in der Kommunistischen Partei eine zweifelhafte Angelegenheit; das auf Parteitag gewählte Zentralkomitee wurde häufig ohne Befragung der Mitgliedschaft durch "Ko-Optierungen" ergänzt. Als letzte Instanz galt aber immer noch der Parteitag. Erst Stalin drängte die Parteidemokratie nach und nach zurück und ersetzte sie durch eine totale Diktatur des Politbüros.

In Algerien ist es umgekehrt. Das Politbüro ist nicht das Kind einer Partei, sondern versucht überhaupt erst, eine Partei zu schaffen, von oben her zu dektieren und ins Leben zu rufen. Den ganzen Unabhängigkeitskrieg hindurch vermied es die FLN sorgfältig, sich politisch oder programmatisch festzulegen und leugnete nach aussen hin alle inneren Differenzen, die dann im Augenblick der Unabhängigkeitserklärung mit umso grösserer Gewalt hervorbrachen. Eine Fraktion der FLN, nämlich die als Politbüro konstituierte Gruppe um Ben Bella hat nun, mit Hilfe der ALN-Truppen, die Macht übernommen.

Die Beschneidung der allgemeinen Demokratie, bei den Parlamentswahlen ist begleitet von einer Einschränkung der inneren Demokratie der FLN; auf die Ausschaltung der Rivalen (FNSA, KPA, usw.) folgt die Unterdrückung der eigenen Opposition, auch wenn die von FLN-Veteranen getragen wird, die noch gestern als Helden gefeiert wurden.

Perspektiven

Vielleicht gelingt es Ben Bella auf diesem Wege, der zwar nicht demokratisch ist, aber auch schon in anderen Revolutionen praktiziert wurde, dennoch eine lebensfähige staatliche Struktur zu schaffen und die algerische Revolution zu positiven Ergebnissen zu führen. Man fragt sich aber, ob er sich nicht "zu früh" an die Macht gedrängt und dadurch grösste Schwierigkeiten auf sich geladen hat, die nur mit dem guten Willen und der Unterstützung breiterer Volksmassen zu lösen sind.

Andere Revolutionäre - und hier könnte man wieder auf das klassische Beispiel Lenins hinweisen - überliessen die grössten Schwierigkeiten der Anfangszeit ihren liberalen oder bürgerlich-demokratischen Rivalen und warteten erst einmal ab, bis diese sich "die Hörner abgestossen" und vor dem Volk kompromittiert hatten. Geduldig warteten sie auf "ihre Stunde".

Ben Khedda und seine provisorische Regierung waren nach ihrem "glorreichen Juli" dieses Jahres durchaus noch nicht kompromittiert, als sie vom Generalsstab der ALN und Ben Bella verdrängt wurden. Wenn Ben Bella nicht schon im August die Regierung an sich gerissen und bis zur Schwelle dieses Hungerwinters gewartet hätte, wäre ihm die Macht wahrscheinlich von selbst in den Schooss gefallen, mit einem unerhörten Vertrauensvorschuss, der jetzt schon stark aufgebraucht zu sein scheint und die Gegner von Ben Bella wahrscheinlich erwarteten.